

Das Komitee mobilisierte

Oberhofen Ziemlich viele Zahlen präsentierte das Komitee, das sich dem geplanten Um- und Neubau der Schule Friedbühl entgegensetzt. Am gut besuchten Informationsabend gingen die Meinungen ziemlich auseinander.

Stefan Kammermann

Es war vorbereitet. Gleich beim Eingang stapelten sich Dokumentationen in farbigen Mappen. «Wir bezahlen dies alles aus dem eigenen Portemonnaie», sagte Hans Ulrich Bieri, Präsident der SVP Oberhofen und Mitglied des Komitees «Für eine finanzierbare Schulanlage mit Zukunft», derweil sich der Saal in der Riderbachhalle in Oberhofen mehr und mehr mit Leuten füllte. Eingeladen zum Informationsabend hatte das Komitee, um der Öffentlichkeit eine Alternative zum geplanten Um- und Neubau des Schulhauses Friedbühl zu präsentieren.

«Wir sind keine Verhinderer. Wir haben das gemeinsame Ziel, eine gute Schule zu realisieren», hielt Bieri gleich zu Beginn fest. Mit «wir» meinte er ein rund zehnköpfiges Komitee, dem das kurz vor der Abstimmung stehende Projekt «Panorama» ein Dorn im Auge ist.

Alternative «Grüne Wiese»

Für rund 29 Millionen Franken will der Schulverband der Gemeinden Hilterfingen, Oberhofen und Heiligenschwendli das rund 70-jährige Schulhaus Friedbühl in Oberhofen auf Vordermann bringen (wir berichteten). «Das können wir uns schlicht nicht leisten», betonte Bieri und sprach auch von einer damit verbundenen Steuererhöhung. Er und seine Mitstreiter haben deshalb in den vergangenen drei Monaten ein Alternativprojekt unter der Bezeichnung «Grüne Wiese» ausgearbeitet. Das Projekt soll auf der un bebauten Nachbarparzelle des Schulhauses Friedbühl, welche der Gemeinde Oberhofen gehört und an die Gartenbauschule Hünibach verpachtet ist, realisiert werden.

Das Komitee stützt sich dabei auf das «Panorama». «Dies ist ein gutes Projekt, wir möchten auch mit den beteiligten Firmen



Die Zukunft des 70 Jahre alten Schulhauses Friedbühl in Oberhofen wirft im Dorf hohe Wellen. Foto: Patric Spahni

weiterfahren», sagte Hans Ulrich Bieri.

15,6 Millionen mit Verkauf

Er und seine Mitstreiter Edwin Rothenbühler und Hans Woodli legten in einer 27-seitigen farbigen Dokumentation ziemlich viele Zahlen vor. Denn kosten werde die alternative Variante kaum weniger. Das Komitee setzt deshalb vorab auf den Verkauf der durch den vorgeschlagenen neuen Standort frei werdenden Parzelle der bisherigen Schulanlage zu Wohnzwecken.

Nach Berechnungen des Komitees würde der Landverkauf

rund 15,6 Millionen Franken in die Kasse spülen. «Damit würde Oberhofen fast zum Nulltarif zu einem neuen Schulhaus kommen», meinte der Redner.

Mit der Präsentation des alternativen Vorschlags löste das Komitee im Publikum unterschiedliche Reaktionen aus. So wurde etwa der vorgeschlagene Landverkauf kontrovers diskutiert, weil damit der Bau von günstigem Wohnraum für junge Familien nicht möglich sei. Zudem werde mit dem Neubau auf der verpachteten Parzelle die Existenz der Gartenbauschule Hünibach gefährdet, auch von

«Risiko» und «Pokerspiel» war die Rede.

Im Weiteren würde eine allfällige Steuererhöhung nicht wirklich ins Gewicht fallen. Laut wurden auch Bedenken, dass es mit der Idee des Komitees zu Verzögerungen kommen werde.

Prekäre Schulsituation

«Wir haben eine prekäre Schulsituation, je länger diese andauert, geht dies stark ins Geld», betonte Therese Haueter, Präsidentin des Schulverbands. «Mit der Gartenbauschule sind wir im Gespräch, wir sind zuversichtlich, eine Lösung zu finden», erwiderte

Bieri. Es gab aber auch positive Stimmen. «Dieser Vorschlag ist ein gutes Beispiel, wie man es auch machen könnte», meinte ein Votant.

Am 25. November findet in Oberhofen die Urnenabstimmung über den Kredit statt. Eine knappe Woche zuvor werden an der Gemeindeversammlung mit einem Landverkauf an den Schulverband und dem Organisationsreglement erste Weichen gestellt. «Stimmen sie dreimal nein», forderte Bieri die Anwesenden auf. In Hilterfingen wird am 28. November an der GV entschieden.

Kirchbühl: Gegner schalten erneut Bundesgericht ein

Oberdiessbach Die Beschwerdeführer, die sich gegen die Überbauung Kirchbühl wehren, ziehen das Urteil des bernischen Verwaltungsgerichts vom September vor Bundesgericht. Dies teilte die Gemeinde Oberdiessbach gestern mit. Die Vorinstanz hatte die Beschwerde als unbegründet abgewiesen. Die Beschwerdeführer machen geltend, die Baufirma und die Gemeinde würden mit der gewählten Erschliessungsvariante das Grundeigentum der Beschwerdeführer zu Unrecht in Anspruch nehmen. Das Grundeigentum der Beschwerdeführer dürfe nur über ein rechtmässig durchgeführtes Enteignungsverfahren beansprucht werden.

Damit befasst sich das Bundesgericht zum dritten Mal mit der umstrittenen Überbauung. Bereits 2011 hatte es die Überbauungsordnung für die Detailerschliessung in letzter Instanz genehmigt. (pd)

Das Budget 2019 weist rote Zahlen auf

Heimberg Für das kommende Jahr rechnet die Gemeinde mit einem Budgetfehlbetrag von 314 000 Franken. Die Steueranlage bleibt dennoch unangetastet.

«Einen Finanzplan und ein Budget zu erstellen, bedeutet immer eine gewisse Herausforderung», sagte Heimbergs Gemeinderat und Finanzvorsteher Peter Flury (SVP). Was am 3. Dezember den Stimmberechtigten der Gemeinde Heimberg unterbreitet wird, wurde gestern den Medien vorgestellt. Im Vordergrund standen dabei das Budget 2019 und der Finanzplan für die kommenden fünf Jahre.

Mit dem Voranschlag wird den Bürgerinnen und Bürgern ein Budgetfehlbetrag von 314 000 Franken vorgelegt. Der gesamte Aufwand ist dabei mit 29 Millionen Franken ausgewiesen. Dies ist ein Zusammenschluss der Ergebnisse aus dem allgemeinen Haushalt sowie den Spezialfinanzierungen Wasser, Abwasser und Abfall. Flury sprach ebenso die Finanzpläne

der Gemeinde bis ins Jahr 2023 an. Gemäss dieser Planung sind Investitionen von knapp 31 Millionen Franken vorgesehen. Nebst Hochwasserschutzmassnahmen und der Sanierung der Primarschule Untere Au stehen zum Beispiel der Neubau einer Mehrfachturnhalle, die Sanierung der Primarschule oder das Einrichten definitiver Bushaltestellen im Investitionsprogramm.

Die Schulden nehmen zu

«Das tönt nach viel. Ob dies alles auch ausgeführt wird, bleibt deshalb offen», so der Finanzvorsteher weiter. Und er fügte an, dass die grossen Investitionen nicht mehr aus eigenen Mitteln finanziert werden können. Daher dürfte die Fremdverschuldung von heute 15 Millionen auf etwa 27 Millionen Franken an-

steigen. «Finanzpläne, die über ein Eigenkapital verfügen, sind tragbar», hielt Flury aber fest. Aktuell sind es in Heimberg 9,75 Millionen Franken.

Vorgestellt wurde gestern ebenso die Teilrevision der Ge-

«Ob auch alles ausgeführt wird, bleibt deshalb offen.»

Peter Flury (SVP)
Finanzvorsteher Heimberg

meindeverfassung. Dabei geht es um die Zuständigkeit bei Anstellungen und Entlassungen der Lehrpersonen. Künftig wird diese von der Schulkommission an die Schulleitung übertragen. «Damit können Entscheide rascher gefällt werden», erläuterte

Gemeindepräsident Niklaus Röhliberger (SVP). Zudem wird die Gemeindeversammlung auch über eine Revision der Unterstützung der Jugendförderung befinden. Ein Thema wird weiter die Ortsplanungsrevision sein. «Im Rahmen der Mitwirkung sind neun Eingaben eingegangen», sagte der Gemeindepräsident und erklärte, dass nach dem kürzlich erfolgten deutlichen Entscheid der Stimmbürger in Sachen Süderschliessung dieses Thema nun vom Tisch sei. Es sei jetzt lediglich Aufgabe des Gemeinderates, diesen Korridor frei zu halten.

Stefan Kammermann

Die Gemeindeversammlung Heimberg findet statt am Montag, 3. Dezember, um 19.30 Uhr in der Aula der Oberstufe.

Empa zieht im Jahr 2022 im ESP Thun Nord ein

Thun Jetzt ist klar, wohin die Empa umsiedelt: Sie wird ihre Zelte ab dem Jahr 2022 definitiv auf dem Areal des Entwicklungsschwerpunktes Thun Nord aufschlagen.

Die Wirtschaftsförderung der Stadt Thun, das Planungsamt und das Amt für Stadtliegenschaften vermeldeten gestern «einen Meilenstein in der Arealentwicklung». Gemeint ist das Gelände des Entwicklungsschwerpunktes (ESP) Thun Nord, wo in den nächsten 15 Jahren rund 62 Hektaren, die bisher für die Armee und armenahe Unternehmungen genutzt wurden, schrittweise neu organisiert und zum Teil der Privatwirtschaft zugeführt werden.

Das Bundesamt für Rüstung, Armasuisse, tritt der Stadt Thun damit jenes Land ab, auf dem die Eidgenössische Materialprüfungs- und Forschungsanstalt (Empa) ein neues Gebäude erstellen will. Wie Thuns Stadtpräsident Raphael Lanz auf Anfrage eine Mitteilung der Stadt ergänzte, erhält die Stadt von Armasuisse ein langfristiges Baurecht. Die Empa wird gemäss der Mitteilung der Stadt im Jahr 2022 als erste Nutzerin auf der Bauparzelle B5 einziehen.

Standort wird ausgebaut

In den letzten Jahren konnte die Stadt in Zusammenarbeit mit dem Kanton den Standort der Empa in Thun langfristig sichern. So sprach der Stadtrat im Februar 2017 einen Kredit von 1,7 Millionen Franken; im März desselben Jahres gab auch das Kantonsparlament grünes Licht und bewilligte einen Verpflichtungskredit über 10 Millionen Franken (wir haben berichtet). Hierbei wurde vereinbart, dass die Empa den bisherigen Standort Thun in Bezug auf Fläche und Mitarbeitende erheblich vergrössert. Aktuell beschäftigt die Empa an der Feuerwerkerstrasse 39 in Thun rund 70 Angestellte.

Die Empa plant nun in Thun ein Kompetenzzentrum für neuartige Werkstoffe. Konkret geht es um die Erforschung neuer Möglichkeiten im 3-D-Druck.

Stadt sucht Partner

Die künftigen Flächen auf dem sogenannten Baufeld B5 sollen in drei Etappen der Wirtschaft zur Verfügung gestellt werden. Hierfür werde nun ein Entwicklungspartner gesucht, der das Areal mit der Stadt Thun an den Markt bringe, steht in der Mitteilung der Stadt weiter geschrieben.

«Die vier eingeladenen Unternehmungen erarbeiten bis im Frühjahr 2019 einen Vorgehensvorschlag», schreibt die Stadt. Im Rahmen einer Weiterbearbeitung mit zwei Bewerbern sei die Erarbeitung von Vorprojekten und danach die abschliessende Wahl eines Vertragspartners vorgesehen.

Die Parzelle B5 liegt an der Kreuzung Allmendstrasse/General-Wille-Strasse beim Auslauf der Alpenbrücke. Sie ermöglicht dem Wirtschaftsstandort Thun gemäss Angaben der Stadt ein Ansiedlungspotenzial von rund 50 000 Quadratmetern Bruttogeschossfläche.

Barbara Schluchter-Donski